

1290 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Ausgedruckt am 9. 11. 1993

Regierungsvorlage

Bundesgesetz betreffend die Veräußerung der Anteilsrechte des Bundes an der Casinos Austria Aktiengesellschaft

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Der Bundesminister für Finanzen wird ermächtigt, die Anteilsrechte des Bundes an der Casinos Austria Aktiengesellschaft im Nennwert von 33,238.000,— Schilling um 592 Millionen Schilling zu veräußern.

§ 2. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Finanzen betraut.

VORBLATT**Problem:**

Der Bund hat seine Anteilsrechte an der Österreichisches Verkehrsbüro Aktiengesellschaft gemäß dem Veräußerungsgesetz BGBl. Nr. 278/1990 verkauft. Diese Veräußerung erfolgte ohne die im Besitz des Verkehrsbüro befindlichen Aktien an der Casinos Austria Aktiengesellschaft, die der Bund vorweg zwecks Erleichterung der Bewertung und des Verkaufes der Verkehrsbüro-Aktien erworben hat.

Zielsetzung:

Nunmehr soll auch das gegenständliche Aktienpaket wieder veräußert werden.

Lösung:

Erlassung eines Bundesgesetzes zwecks Ermächtigung zum Verkauf.

Kosten:

Keine.

Erläuterungen

1. Der Bund hat mit Kaufvertrag vom 22. August 1990 von der Österreichisches Verkehrsbüro Aktiengesellschaft die in deren Besitz befindlichen Anteilsrechte an der Casinos Austria Aktiengesellschaft (CASAG) im Nennwert von 33,238.000 S um einen Kaufpreis von 253 Millionen Schilling erworben.

Das gesamte Grundkapital der CASAG beträgt 100 Millionen Schilling.

Der Ankauf erfolgte aus der Überlegung, dadurch die Aktien des Verkehrsbüro leichter bewerten und veräußern zu können.

Der Aktienbesitz soll nunmehr wieder verkauft werden. Als Grundlage für die Verkaufsverhandlungen diente das von einer ausländischen Bankengruppe erstellte Unternehmenswertgutachten mit Stand vom September 1992. Die Veräußerung dieses Aktienpaketes erfolgt um einen Kaufpreis von 592 Millionen Schilling.

2. Durch das im Entwurf vorliegende Gesetz soll dem Bundesminister für Finanzen die Ermächtigung zur Veräußerung von Bundesvermögen im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG erteilt werden. Dieses Gesetz unterliegt daher nicht dem Einspruchsrecht des Bundesrates.